

Kommunal-Kassen-Zeitschrift

Fachzeitschrift für die kommunale Kassen- und Vollstreckungspraxis

Jahresinhaltsverzeichnis

69. Jahrgang 2018



Herausgeber: Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

 VERLAG
RECKINGER

69. Jahrgang 2018

Heft 1 – 12; Januar – Dezember 2018

Hauptbeiträge

- Grußwort des Bundesvorsitzenden des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e. V. zum Jahr 2018 (Dietmar Liese)
- Die Entlassung eines Insolvenzverwalters nach § 59 InsO (Teil 1) (Norbert Meier)
- Die Entlassung eines Insolvenzverwalters nach § 59 InsO (Teil 2) (Norbert Meier)
- Bericht des Bundesvorstands für das Jahr 2017 (Andrea Sommerfeldt)
- Ein Blick auf die Schuldenbereinigung, das Verbraucherinsolvenzverfahren und die Restschuldbefreiung in der Praxis der Vollstreckungsbehörde (Markus Geißler)
- Basale Stimulation – Umgang mit kommunalen Forderungen im Insolvenzverfahren (Teil 1) (Ralf Klomfaß)
- Wann darf der Erbbaurechtsausgeber bei der Zwangsversteigerung die Zustimmung zum Zuschlag verweigern? (Rainer Goldbach)
- Basale Stimulation – Umgang mit kommunalen Forderungen im Insolvenzverfahren (Teil 2) (Ralf Klomfaß)
- Insolvenzanfechtung von Zwangsvollstreckungen nach § 133 InsO – Einschränkung der Anfechtung außerhalb des Drei-Monats-Zeitraums durch Änderung der BGH-Rechtsprechung im Jahr 2017 (Dr. Olaf Hiebert)
- Die Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts nach Zivilprozessordnung und des Insolvenzrechts (Teil 1) (Stefan Lissner)
- Die Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts nach Zivilprozessordnung und des Insolvenzrechts (Teil 2) (Stefan Lissner)
- Leitinformationen für die interkommunale und interbehördliche Geldvollstreckung in Deutschland (Teil 1) (Helmut Hagemann)
- Leitinformationen für die interkommunale und interbehördliche Geldvollstreckung in Deutschland (Teil 2) (Helmut Hagemann)
- Grundlagen der Insolvenzanfechtung – Update 2018 (Teil 1) (Stefan Lissner)

Vollstreckung

- Zur Neuregelung des Konzerninsolvenzrechts (Teil 1) (Ralf Klomfaß) 6
- 1 Zur Neuregelung des Konzerninsolvenzrechts (Teil 2) (Ralf Klomfaß) 28
- 2 Vollstreckung durch Finanzbehörden bei Personemehrheiten (Teil 8) (Peter Kraus) 30
- 25 Vollstreckung durch Finanzbehörden bei Personemehrheiten (Teil 9) (Peter Kraus) 51
- 49 Vollstreckung durch Finanzbehörden bei Personemehrheiten (Teil 10) (Peter Kraus) 102
- 73 Im Spannungsfeld zwischen Einzelzwangsvollstreckung und Insolvenz – das Pfändungspfandrecht und die Verstrickung: zum Urteil des BGH vom 21. 9. 2017 – IX ZR 40/17 (Uta Schneider) 200
- 97

Kassenthemen

- 121 Praxisfall: Visakontrolle durch die Rechnungsprüfung? (Ralf Klomfaß) 268
- 123

Aus der Praxis

- 145 Erfahrungsbericht der Stadt Essen über die Zusammenarbeit mit privaten Inkassounternehmen (Teil 1) (Ralf Macher/Norbert Meier) 55
- 169 Erfahrungsbericht der Stadt Essen über die Zusammenarbeit mit privaten Inkassounternehmen (Teil 2) (Ralf Macher/Norbert Meier) 82
- 193 Vordruck zur Vollstreckungsankündigung von Rundfunkbeiträgen (Teil 1) (Günter Zimmermann) 87
- 217 Vordruck zur Vollstreckungsankündigung von Rundfunkbeiträgen (Teil 2) (Günter Zimmermann) 109
- 241 Ermittlungsmöglichkeiten der Vollstreckungsbehörde nach Bundesrecht – gilt dies auch für Kommunen? (Karola Singer) 127
- 265 Leitfaden zur Betrachtung von Forderungen (Rolf Sturme) 152

Zum Fälligkeitsdatum in Leistungsbescheiden (Ralf Klomfaß)	177	Zum Nachweis der wirksamen Bekanntgabe des zu vollstreckenden Bescheides bei der Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Geldforderungen im ZPO-Vollstreckungswege AG Erfurt, Beschluss vom 22. 1. 2018 – M 7170/17	95
Insolvenzprivileg des Fiskus bei Steuerstraftaten (Peter Kraus)	222		
Was geschieht mit dem Vermögen eines Verstorbenen? – Verfügungen von Todes wegen (Uta Schneider)	248	Zum Nachbesserungsanspruch bei äußerlich erkennbaren unvollständigen Schuldnerangaben im Vermögensverzeichnis BGH, Beschluss vom 15. 12. 2016 – I ZB 54/16	112
Aus der Rechtsprechung			
1. Ordentliche Gerichte			
Insolvenzanfechtung von Ratenzahlungen nach Wiederaufnahme von Schuldnerzahlungen; Zur anfechtungsrechtlichen Bewertung einer vorherigen nicht eingehaltenen Ratenzahlung BGH, Urteil vom 24. 3. 2016 – IX ZR 242/13	13	Zur Reichweite des Zustimmungserfordernisses des Grundstückseigentümers bei der Zuschlagserteilung eines zwangsversteigerten Erbbaurechts BGH, Beschluss vom 13. 7. 2017 – V ZB 186/15	131
Zur Vermögensauskunftspflicht einer Ltd. nach britischem Recht LG Erfurt, Beschluss vom 7. 4. 2016 – 3 T 103/16	22	Zu Rechtsfragen der Pfändung und Aufhebung der Gemeinschaft sowie der Teilungsversteigerung bei einer Bruchteilsgemeinschaft am Grundstück; Zur Nichtanwendung des § 1258 Abs. 2 BGB BGH, Beschluss vom 29. 6. 2017 – IX ZB 98/16	161
Zur Anfechtung von schleppenden und erzwungenen Zahlungsvorgängen eines liquiditätsmäßig sehr stark eingeschränkten Schuldners an den Steuerfiskus BGH, Urteil vom 21. 1. 2016 – IX ZR 32/14	35	Zur insolvenzrechtlichen Anfechtung eines Vermögensabflusses durch die Weiterleitung von Schuldnergeldern auf Bankkonten eines Dritten; Zu den anfechtungsrechtlichen Folgen für das Treuhandverhältnis BGH, Urteil vom 10. 9. 2015 – IX ZR 215/13	180
Zur Geltendmachung eines Schadensersatzanspruchs aus vorsätzlicher Verletzung der Unterhaltspflicht; Bedingter Vorsatz und Würdigung der Einzelfallumstände BGH, Beschluss vom 3. 3. 2016 – IX ZB 65/14	38	Zur Pfändbarkeit von Aufwandsentschädigungen und Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit BGH, Beschluss vom 6. 4. 2017 – IX ZB 40/16	206
Pfändbarkeit der Verletztenrente aus gesetzlicher Unfallversicherung; Zur Lohnersatzfunktion der Verletztenrente BGH, Beschluss vom 20. 10. 2016 – IX ZB 66/1	43	Anfechtung von unter Vollstreckungsdruck geleisteten Zahlungen nach automatisierten Vollstreckungsankündigungen der Vollstreckungsbehörde; Zur inkongruenten Deckung OLG Saarbrücken, Urteil vom 21. 12. 2016 – 2 U 8/16	252
Zum Nachweis der wirksamen Bekanntgabe des zu vollstreckenden Bescheides bei der Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Geldforderungen im ZPO-Vollstreckungswege BGH, Beschluss vom 27. 4. 2017 – I ZB 91/16	60	Erzwingungshaft für verhängte Geldbuße nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens; Zur Erzwingungshaft bei ausschließlich pfändungsfreiem und insolvenzfremem Einkommen des Betroffenen AG Bamberg, Beschluss vom 14. 9. 2017 – 23 OWi 708/17	257
Zur Unzulässigkeit eines Nachbesserungsverfahrens zur Vermögensauskunft BGH, Beschluss vom 28. 4. 2016 – I ZB 92/15	63	Festsetzung eines pfändungsfreien Betrages gem. § 850k Abs. 4 ZPO für Nachzahlungsbeträge aus zurückliegenden Leistungszeiträumen gem. SGB II BGH, Beschluss vom 24. 1. 2018 – VII ZB 27/17	279
Zur anfechtungsrechtlichen Qualifizierung der Unterlassung durch den zahlungsunfähigen Schuldner bei Kontenpfändung ein neues Bankkonto zu errichten BGH, Urteil vom 1. 6. 2017 – IX ZR 48/15	64	2. Verwaltungsgerichte	
Zur insolvenzrechtlichen Vorsatzanfechtung bei der zwangsweisen Durchsetzung einer Gläubigerforderung; Zur selbstbestimmten Rechtshandlung eines Schuldners aus Anlass einer durch Zwangsvollstreckung erfolgten Vermögensverlagerung BGH, Urteil vom 22. 6. 2017 – IX ZR 111/14	67	Zur sofortigen Vollziehbarkeit eines Duldungsbescheides – hier: Duldung der Zwangsvollstreckung in ein Grundstück VGH BW, Beschluss vom 1. 4. 2015 – 2 S 256/15	17
Zur vorzeitigen Löschung einer Eintragung in das Schuldnerverzeichnis wegen einer Stundung nach Unanfechtbarkeit der Eintragungsanordnung BGH, Beschluss vom 9. 2. 2017 – I ZB 56/16	90	Zur Zwangsmittelauswahl auf der Stufe der Zwangsmittelandrohung; Zur Eignung eines Zwangsgeldes zur Durchsetzung eines Handlungsgebots Nds. OVG, Beschluss vom 2. 2. 2015 – 4 LA 245/13	18
Zur Verhältnismäßigkeit einer Erzwingungshaftanordnung bei geringer Höhe der Geldbuße AG Dortmund, Beschluss vom 23. 2. 2017 – 729 OWi 19/17	92	Satzung des SWR über das Verfahren zur Leistung des Rundfunkbeitrags; Zur Anwendbarkeit von § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 auf Säumniszuschläge im Rundfunkbeitragsrecht VGH BW, Beschluss vom 4. 2. 2015 – 2 S 2436/14	20
Zur Reichweite der Verstrickung aus Pfändungsmaßnahmen bei Insolvenz des Schuldners; Zur Begrifflichkeit der Verstrickung BGH, Urteil vom 21. 9. 2017 – IX ZR 40/17	92	Zur Bekanntgabe der Leistungsbescheide als Vollstreckungsvoraussetzung; Zur Bedeutung der BZR-Auskunft VG Weimar, Beschluss vom 16. 12. 2016 – 6 E 156/15	45
	92	Androhung einer Wassersperre als aussetzungsfähiger Verwaltungsakt; Zu den Voraussetzungen für die Verhängung einer Wassersperre VGH BW, Beschluss vom 4. 7. 2017 – 2 S 1258/17	116

Zur gesamtschuldnerischen Inanspruchnahme von Mitgliedern der Erbengemeinschaft für grundstücksbezogene KAG-Gebühren Thür. OVG, Urteil vom 11. 8. 2016 – 4 KO 233/14	130	Zur Bezeichnung des Leistungsbescheides in der Pfändungs- und Einziehungsverfügung; Zum Schuldgrund Nds. OVG, Beschluss vom 20. 11. 2017 – 4 ME 285/17	286
Zum Erlöschen einer abgabenrechtlichen Erstattungsforderung durch Aufrechnung gegenüber dem Fiskuserben mit festgesetzten Abgabenforderungen VGH BW, Urteil vom 29. 6. 2017 – 2 S 1750/15	135	3. Finanzgerichte	
Zum Verwaltungsrechtsschutz des Drittschuldners gegen eine behördliche Pfändungs- und Einziehungsverfügung; Zur Rechtmäßigkeit der Pfändungs- und Einziehungsverfügung, wenn die gepfändete Forderung tatsächlich nicht besteht und „ins Leere geht“ Bay. VGH, Urteil vom 2. 5. 2017 – 4 B 15.878	154	Rechtsschutz wegen fehlendem Leistungsbescheid; Zur Substantiierung des Bestreitens des Zugangs FG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 1. 9. 2015 – 7 V 7177/15	16
Zur inhaltlichen Bestimmtheit eines Verwaltungsaktes; Zur Unterscheidung zwischen Bekanntgabe- und Inhaltsadressat OVG Saarland, Urteil vom 20. 2. 2017 – 2 A 34/16	184	Anfechtung einer Kontoleihe durch Duldungsbescheid; Zum Rückgewähranspruch bei beendeten Treuhandverhältnissen BFH, Urteil vom 25. 4. 2017 – VII R 31/15	114
Zuständigkeit der Vollstreckungsbehörde für den besonderen Pfändungsschutz gem. § 850k Abs. 4 ZPO bei der behördlichen Pfändung eines Pfändungsschutzkontos VGH BW, Beschluss vom 17. 5. 2017 – 2 S 894/17	184	Zur Ermessensfehlerhaftigkeit eines behördlichen Insolvenzantrags; Zum Anordnungsanspruch im einstweiligen Rechtsschutz FG Hamburg, Beschluss vom 18. 5. 2017 – 2 V 117/17	157
Zur Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen im Wege der Verwaltungsvollstreckung; Mahnerfordernis; Zu den Vollstreckungskosten VG Weimar, Beschluss vom 27. 7. 2017 – 3 E 1140/16	189	Legitimation des haftungsrechtlichen Zugriffs auf gesetzliche Vertreter und Verfügungsberechtigte im Hinblick auf denkbare Pflichtenkollisionen aus möglicher Haftung gem. § 64 GmbHG oder etwaiger Anfechtung gem. § 130 InsO BFH, Urteil vom 26. 1. 2016 – VII R 3/15	227
Kurze Verjährung öffentlich-rechtlicher Erstattungsansprüche; Verhandlungen zwischen Gläubiger und Schuldner hemmen grundsätzlich die Verjährung BVerwG, Urteil vom 15. 3. 2017 – 10 C 3.16	204	Zur fachgerichtlichen Überprüfung der Rechtmäßigkeit des behördlichen Insolvenzantrags; Zur direkten oder entsprechenden Anwendung des § 102 FGO – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – FG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 24. 9. 2015 – 3 V 919/15	230
Zur Angabe des präzisen Schuldgrundes in der Ladung zur Vermögensauskunft; Zum Vollstreckungsersuchen der Landesrundfunkanstalt VG Neustadt (Weinstraße), Beschluss vom 25. 8. 2017 – 5 L 921/17	209	Aufrechnung mit als Masseverbindlichkeiten entstandenen Steuerschulden nach Abschluss des Insolvenzverfahrens BFH, Urteil vom 28. 11. 2017 – VII R 1/16	258
Zu den allgemeinen Voraussetzungen zur Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen; Zu den formellen Anforderungen an ein Vollstreckungshilfeseuchen; Zum Nachweis des Zugangs beim Adressaten VG Weimar, Beschluss vom 28. 8. 2017 – 3 E 508/17	211	4. Sozialgerichte	
Zur Haftung eines GmbH-Geschäftsführers gem. § 69 AO wegen pflichtwidrigen Verstoßes gegen die steuerliche Mittelvorsorgepflicht; Zu den Tatbestandsvoraussetzungen für die Entstehung des Haftungsanspruchs OVG NRW, Beschluss vom 21. 8. 2017 – 14 A 1009/15	237	Erlas von Leistungsbescheiden des Massegläubigers nach Eintritt des Vollstreckungsverbots gem. § 210 InsO BSG, Urteil vom 28. 5. 2015 – B 12 R 16/13 R	15
Zum Eintritt der Rechtswidrigkeit einer Zwangsgeldfestsetzung zur Erzwingung einer Pflicht des Schuldners mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens Hess. VGH, Beschluss vom 29. 3. 2018 – 8 B 118/17	258	Verbandsnachrichten	
Zur Abgrenzung von insolvenzrechtlichen Tabellenforderungen und nicht insolvenzrelevanten Neuforderungen VG Neustadt (Weinstraße), Urteil vom 17. 11. 2016 – 4 K 232/16	272	Bericht zur Landesarbeitstagung der Fachgruppe Vollstreckungsbeamte Rheinland-Pfalz am 24. 10 2017	23
Zur Reichweite nicht allgemein bundesweit verankerter materieller Landesvollstreckungsnormen im Rahmen der länderübergreifenden Forderungspfändung – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – Nds. OVG, Urteil vom 28. 10. 2016 – 11 LC 45/16	275	Relaunch der Website	48
Duldungsbescheid bei isolierter Geltendmachung von Stundungszinsen; Zur öffentlichen Grundstückslast Nds. OVG, Urteil vom 3. 4. 2017 – 9 LC 31/16	282	Landesarbeitstagung des Landesverbandes Baden-Württemberg	166
		Bericht zur Landesarbeitstagung der Fachgruppe Vollstreckungsbeamte Landesverband Rheinland-Pfalz	215
		Neuerscheinungen	
		Stelkens/Bonk/Fellenberg u. a. (Hg.), Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG	24
		Gähr/Lutz, Einführung in die Öffentliche Betriebswirtschaftslehre	48
		Goldbach/Heuser, Vollstreckungsaußendienst praxisnah	72

Seybold/Neumann/Weidner, Niedersächsisches Kommunalrecht	96	Heuser, Vollzug und Vollstreckung nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Schleswig-Holstein	216
Grote/Zamaitat, ABC der pfändbaren Lohn- und Gehaltspositionen	168	Deutsches wissenschaftliches Institut der Steuerberater e.V. (Hg.), AO-Handbuch 2018	240
Schmittmann, Beteiligung der Kommune am Insolvenzverfahren	192	Glotzbach/Goldbach, Immobiliervollstreckung aus Sicht der kommunalen Vollstreckungsbehörden	264

klassische Rechtshandlung des Schuldners	146	Insolvenzprivileg des Fiskus bei Steuerstraftaten	222	– Akzeptanz und Austauschformate	220
Kontopfändung: Drittschuldnerzahlung als Rechtshandlung	147	§ 290 Abs. 1 InsO	223	– E-Government-Konzept von Bund und Ländern	220
Leistung zur Abwendung der Vollstreckung	252	§ 302 InsO	222	– konzeptionelle Überlegungen	220
Liquidationsbilanz	13	Aus- und Absonderungsrechte	222	– Lizenzierung, verschiedene Formate	220
Mahnung, Ankündigung der Zwangsvollstreckung	252	Ausnahme von der Restschuldbefreiung	223	– Vollstreckungsprozess, schneller, kostengünstiger, fehlerfreier	220
Mitwirkungspflicht des Schuldners	64	Bundeszentralregister (§ 51 BZRG)	223	Effizienzsteigerung, Kostenminimierung	217
Nutzung eines Gemeinschaftskontos	180	Ermessungsspielraum nach Richtlinie 2012/30 (COM/2016/0723)	225	Einsatz von Instrumenten der kommunalen Zusammenarbeit	
Ratenzahlung	13	Festsetzungsverjährung	224	– kommunale Geldvollstreckung	221
Raten- oder Teilzahlungen nach Einleitung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	150	Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	222	– Kooperationsmodelle, gemeindliche	221
Rechtshandlung		Gläubigerantrag	223	– Koordinierung und Informationsaustausch	221
– angefochtene ~	13	Nachhaftung für festgestellte Steuerstraftaten	224	– Organisation der interkommunale Geldvollstreckung	221
– Unterscheidung zwischen ~en des Schuldners und Dritter	146	Nebenleistungen, Regelungen wie bei Hauptforderungen	225	– Organisation und Wirtschaftsführung	222
Schuldner, liquiditätsmäßig eingeschränkter	35	Privilegierung des Steuergläubigers	222	Kommunale Vollstreckungshilfe für Vollstreckungsgläubiger	
Schuldnergeld auf Bankkonto eines Dritten	180	Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren	225	– Abgrenzung zur Eigenvollstreckung/Wahrnehmung für Fremdgäubiger	218
Treuhänder, uneigennütziger	180	Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates	225	– Kostenbeiträge der Drittgläubiger	219
Unkenntnis der Behörde, vermeintliche	252	Rückstandsunterbindung, Eigenantrag	223	– Verwerfungen, strukturelle	219
vermeintliche Abgrenzungsregel	146	Straftat gem. §§ 370, 373, 374 AO	223	– zugewiesene Vollstreckung	218
Vermögensabfluss	180	Verfolgungsverjährung von Steuerstraftaten	224	Modell einer Aufgabenübertragung	
Vermögensverlagerung durch Vollstreckung	64	Vollstreckung trotz Restschuldbefreiung	226	– ~ der Langzeitverfolgung	243
Vermutungstatbestand gem. § 133 InsO	67	Ziele der Insolvenzordnung	222	– ~ der Vollstreckung niedergeschlagener Geldforderungen auf eine zentrale landesweite kommunale Vollstreckungsinstitution	242
Vollstreckungsdruck	252			– Ertragspotenzial	242
Vollstreckungshandlung des Beamten oder Gerichtsvollziehers	150	Interkommunale und interbehördliche Geldvollstreckung, Leitinformationen	217	– Vollstreckungsdefizite	242
Vollstreckungsschutz	35	Amtshilfe zwischen kommunalen Vollstreckungsbehörden	217	Steuerungs- und Optimierungsnotwendigkeit im gemeinsamen Vollstreckungsnetzwerk	243, 244
Vorsatzanfechtung, Voraussetzungen	180	– Gesetzgebung der 13 Flächenländer	217	– Ebene der Amtshilfe zwischen Vollstreckungsbehörde und Vollstreckungsgläubiger	243
Vorsatz, bedingter	64	– Nord-Süd-Gefälle	217	– Intransparenz des Netzwerks	243
Vorteile der Insolvenzanfechtung für Kommunen	145	– Rechtslage und Zuständigkeit	218	– Qualitätsstandards	244
Wegfall der Bereicherung	180	– Schnittstellenprobleme	217	Transaktionen bzw. Zusammenspiel der Beteiligten im interkommunalen und interbehördlichen Vollstreckungsnetzwerk	219
Weigerung der Bank, die Kreditlinie zu erhöhen	35	– Standardisierung, bundesweit	217	– Amts- und Vollstreckungsersuchen, Anzahl	219
Weiternutzung des gepfändeten Kontos	64	– Vollstreckungsinstrument, Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	218	– Dimensionen, quantitative	219
Wertersatz des Anfechtungsgegners	180	bestimmte Vollstreckungsprozesse	241	– Erledigungsarten	219
Wiederaufnahme von Schuldnerzahlungen	13	– Forderungspfändung	241		
Wirkung der Deckungshandlung	252	– Immobilienvollstreckung	241		
Zahlung aus geduldeter Überziehung	35	– Insolvenzverfahren	242		
Zahlungsunfähigkeit	13, 180	– Sachpfändung	241		
Zahlungsvorgänge, schleppende, erzwungene	35	– Vermögensauskunftsverfahren	241		
Zugriffshindernisse	180	Digitale Zusammenarbeit im interkommunalen interbehördlichen Vollstreckungsnetzwerk	220		
Zwangsvollstreckung, anfechtbare	64				

– grenzüberschreitende Umwandlung	33	Prüfungsverweigerung	185	Vollstreckungsersuchen, Grundlage der Vollstreckung	60, 189
– Sitz im Drittland	33	Zuständigkeit bei Kontopfändung durch Vollstreckungsbehörde (§ 850k Abs. 4)	185	Vollstreckungskosten	189
– Sitz in der EU	33	Restschuldbefreiung	258	Vollstreckungsvoraussetzungen, allgemeine	211
Vollstreckung wegen Handlungen	104	Aufrechnung		Vordruck zur Vollstreckungsankündigung	87
Wohnungseigentümer in einer WEG	53	– mit Masseverbindlichkeiten	258	Vordruckteile	109
Zwangsverwaltung	33	– nach § 96 Abs. 1 InsO keine ~	258	– dritter Vordruckteil	89, 110
Pfändung und Verstrickung im Insolvenzverfahren	92	Erzwingungshaft im Restschuldbefreiungsverfahren (siehe unter Insolvenz)	257	– Einleitung	87
Insolvenzfestigkeit der Verstrickung	92	Haftung	258	– erster Vordruckteil	109
Pfändungsmaßnahmen in der Rückschlagsperre	92	Haftungsbeschränkung, immanente	258	– Musterformulierung	88
Reichweite der Verstrickung	92	Masseverbindlichkeiten	258	– zweiter Vordruckteil	110
Verteilungen des Auszahlungsverlangens des Insolvenzverwalters	92	– keine Restschuldbefreiung	258		
Pfändung von Aufwandsentschädigung	206	– Steuerschulden	258	S	
Entgelt für tatsächlich entstandene Auslagen	206	Rundfunkgebühren	16	Schuldenbereinigung	73
Entschädigung für Zeitversäumnis	206	Abgabennachrichten	111	Ausgrenzung, soziale	73
Vereinbarung, vertragliche	206	Bedeutung von anhängigen Verfassungsbeschwerden	20	außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	74
Pfändung von Sozialleistungen	43	Behördeneigenschaft der Rundfunkanstalt	60	Durchführung des Insolvenzverfahrens	77
Anrechnungsvorschriften, sozialrechtliche	43	Beitragsbescheid in Form eines Verwaltungsakts	189	Entscheidung über Zulässigkeit des Schuldners	78
Lohnersatzfunktion	43	Bekanntgabe des Leistungsbescheids	89	– Obliegenheiten nach § 295, Voraussetzungen gem. §§ 290, 297–298 InsO	78
Pfändbarkeit wie Arbeitseinkommen	43	– Musterformulierung	88	– Schuldnerverzeichnis, Eintragungen	78
verfassungsrechtliche Abwägung	43	Beweislage	211	– Verwerfung des Schuldnerantrags durch Gericht, Rechtsmittel	79
Verletztenrente aus Unfallversicherung	43	Fehlen eines Leistungsbescheids	16	Erteilung der Restschuldbefreiung	80
Zusammenrechnungsbefugnis im Insolvenzverfahren	43	formelle Anforderungen an Vollstreckungsersuchen	189	– Aufleben von Pfändungen	81
		Indizienbeweis	16	– Rechtsfolgen	80
R		interbehördliche Maßnahme	189	– Verkürzungsoptionen, Antrag durch Schuldner	80
Rechtsschutz/Rechtsmittel	154	Leistungsbescheid, wirksamer	189	– Verlust der Durchsetzbarkeit und Ausnahmen	81
Anfechtungsklage	154	Mahnerfordernis	189	gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	75
Anordnung der aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen Pfändung	185	Rechtsschutz	16	– Annahme des Plans und dessen Folgen	76
Anwendung des § 319 AO i. V. m. §§ 850–852 ZPO	185	– einstweiliger	189	– Verknüpfung mit § 286 InsO	75
Bescheinigung nach § 850k Abs. 1 und 2 ZPO	185	– vorläufiger ~	211	– Verzicht auf ~	75
Bestehen der Forderung	154	Rechtsschutzbedürfnis auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit	60	– Voraussetzungen des § 309 Abs. 1	76
– Erledigungserklärung	154	Rechtsweg wegen Vollstreckbarkeit	16	– Wirkung eines Prozessvergleichs	76
Feststellungsinteresse, berechtigtes	154	Säumniszuschläge	20	– Zustimmung oder Ablehnung durch Vollstreckungsbehörde	76
Pfändungs- und Überweisungsverfügung	154	Substantiierung des Bestreitens des Zugangs	16	Obliegenheiten des Schuldners	79
– Verwaltungsrechtsschutz	154	Suspensiveffekt von Rechtsmitteln, kein	20	– Ausübung einer Erwerbstätigkeit	79
Pfändungsschutz		Überprüfung der wirksamen Zustellung	60	– Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensphase	79
– Reichweite der ~kompetenz der Vollstreckungsbehörde	184	Unbilligkeit der Kontopfändung	211	– Verletzung durch Schuldner	79
– Zuständigkeit nach § 850k Abs. 4 ZPO	184	Vollstreckungsbehörde, zuständige	60	– Zahlungen an Neugläubiger	79

Privatpersonen im Konkursverfahren	73	Schadenersatzansprüche	38	Vollstreckungsersuchen der Landesrundfunkanstalt	209
Restschuldbefreiung im Verbraucherinsolvenzverfahren	73	Unterhaltsbedarf und Unterhaltsbedürftigkeit	38	Zustellmangel, Heilung	204
Restschuldbefreiungsverfahren	77	Vorsatz, bedingter	38		
– Abtretung von pfändbarem Einkommen	78	vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung	38	Visakontrolle durch Rechnungsprüfung	268
– Antrag des Schuldners	77	Würdigung der Einzelfallumstände	38	Einordnung der Nachkontrolle von Kassenanordnung bei örtlicher Prüfung	268
– Erklärung nach § 287 Abs. 1, § 287a Abs. 1 InsO	77			Haftungsfrage	271
– Erteilung der Rechtschuldbefreiung	78	V		Kassenanordnung	270
– Redlichkeit des Schuldners	78	Verjährung	204	Nachkontrolle	270
– Versagungsantrag, rechtliches Gehör	78	3-jährige Frist	204	Prüfung der sachlichen Richtigkeit	270
sozialpolitische Sicht, Rechtswohl	73	Anpassung des §§ 53, 102 VwVfG an Schuldrechtsreform	204	Sichtkontrolle	270
Verbraucherinsolvenzverfahren	73	Bereicherungsanspruch, zivilrechtlicher	204	Vorschrift für Begriff der Visakontrolle	270
Verfahrensstationen	74	Erlass eines Vollstreckungsverwaltungsakts	204	Zwischenschaltung der Rechnungsprüfung	270
Versagung der Restschuldbefreiung	80	Erstattungsansprüche, öffentlich-rechtliche	204		
– antragsberechtigt	80	Hemmung	204	Vollstreckung nach Zivilprozessordnung und Insolvenzrecht	169
– Insolvenzstraftat	80	Verjährung, kenntnisabhängige	204	Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	169
– Pflichtverletzung durch Schuldner	80	Verjährungsfrist, kurze	204	Allgemeine Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen	170
– Versagungsantrag, notwendige Beweismittel	80	– beamtenrechtlicher, wohngeldrechtlicher Erstattungsanspruch	204	Änderung der Beträge	198
– Widerrufsmöglichkeiten nach § 303 InsO	80			(Nicht-)Berücksichtigung von Unterhaltsberechtigten	196
Schuldnerverzeichnis	90	Vermögen eines Verstorbenen	248	Einkommen, pfändbares und unpfändbares	195
Eintragung im ~	90	Ablauf vom Sterbefall bis zur Eröffnung des Testaments	251	– Regelung nach § 36 Abs. 1, 2, 4 InsO, § 850e Nr. 2 und 2a ZPO	196
Ratenzahlungsvereinbarung	90	Anfall der Erbschaft – Gesamtrechtsnachfolge – Ausschlagung	249	– Regelung nach der InsO	195
Unanfechtbarkeit der Eintragung, Folgen	90	Erbvertrag	249	– Zusammenrechnung mehrerer Einkommen	195
vorzeitige Löschung	90	Testament		einmalige Einkünfte	198
Zweckbestimmung	90	– Aufbewahrung eines ~	250	Erhöhung des unpfändbaren Betrags	198
		– Errichtung eines ~	249	Forderung, angebliche	194
Spannungsfeld zwischen Einzelvollstreckung und Insolvenz	200	Testament – Vermächtnis – Auflage	248	Form der Überweisung zur Einziehung oder an Zahlungs statt	194
– Auszahlungsverlangen	203	Verfügung von Todes wegen	248	– besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	172
– Rückschlagesperre	202			Inhalt des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	194
– Ruhendstellung der Pfändung	203	Vermögensauskunft	22	keine Vollstreckungshindernisse	172
– Sicherung durch Zwangsvollstreckung	202	Anordnung zur Abgabe	209	Pfändung und Abtretung	194
– Wirkung der Verstrickung	202	Auskunftspflicht für eine Ltd.	22	– Regelung nach der InsO vor dem 30. 6. 2014 und danach	194
Rechtliche Rahmenbedingungen	200	Auskunftspflicht nach Erlöschen der Kapitalgesellschaft	22	Pfändungsschutzkonto	197
Rückschlagesperre	200	Bekanntgabe, förmliche	209	Rechtsmittel	199
Vollstreckungsverbot	201	berechtigtes Interesse	63	– Erinnerung	199
		Bestimmtheitserfordernis	209	– sofortige Beschwerde	199
		Bestimmung der Forderung	209	– Vollstreckungsgegenklage	199
		Nachbesserungsanspruch bezüglich zusammengefasster Vermögenspositionen	63	sonstige Zwangsvollstreckungsorgane	198
		Pfändungsankündigung, Bestimmtheit	204		
Unterhaltspflicht		Schuldnerangaben, äußerlich erkennbare unvollständige	112		
Beweislast des Gläubigers	38	– Nachbesserung wegen Rückzahlungsansprüchen	112		
Forderungsanmeldung einer fremden Forderung im eigenen Namen	38	Unzulässigkeit der Nachbesserung	63		
Leistungsfähigkeit des Schuldners	38				

